

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/21. Kreis- und Strategieausschuss



**Protokoll**

**21. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil**

**am Montag, 09.10.2017 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß  
Schriftführerin: Gabriele Huber

**Anwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Brilmayer, Walter  
Frick, Roland  
Huber, Thomas  
Müller, Alexander  
Ockel, Udo  
Wagner, Martin

abwesend ab 18:10 Uhr  
abwesend ab 17:55 Uhr  
abwesend ab 18:27 Uhr  
abwesend ab 18:27 Uhr  
abwesend ab 18:15 Uhr

**SPD-Fraktion**

Böhm, Ernst Dr.  
Hingerl, Albert

**Freie Wähler-Fraktion**

Reitsberger, Georg

**GRÜNE-Fraktion**

Gruber, Waltraud  
Oellerer, Reinhard

abwesend ab 18:25 Uhr

**AG AfD-BP-ödp-parteilos**

Eckert, Christian

**Abwesend sind:**

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Gabriele Huber  
Schriftführerin

**Inhalt:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Erster konsolidierter Jahresabschluss des Landkreises 2016 mit Beteiligungsbericht  
Vorlage: 2016/2815
- TOP 4 Informationen über die Haushaltsentwicklung 2017  
Vorlage: 2016/2804
- TOP 5 Schulentwicklung; Masterplan Schulen - Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe und weiteres Vorgehen  
Vorlage: 2017/2968/1
- TOP 6 Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2018  
Vorlage: 2016/2805
- TOP 7 Finanzleitlinie "Kommunales Schuldenmanagement"; 2. Halbjahresbericht 2017  
Vorlage: 2016/2806
- TOP 8 Finanzleitlinie; Langfristige Finanzplanung - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24.09.2017  
Vorlage: 2017/2990
- TOP 9 Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Personalwohngebäude und Zeitschiene  
Vorlage: 2017/2839
- TOP 10 Energiewende2030; Energieagentur Ebersberg-München gGmbH; Satzungsänderung  
Vorlage: 2017/2991
- TOP 11 Änderung der Gemeinde- und Kreisgrenzen nach § 58 Abs. 2 FlurbG Verfahren Albaching – Dorferneuerung und Flurneuordnung Gemeinde Albaching, Landkreis Rosenheim  
Vorlage: 2017/2976
- TOP 12 Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen; Antrag der SPD- und Bündnis 90 / Die Grünen-Kreistagsfraktion  
Vorlage: 2017/2931/2
- TOP 13 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 14 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 15 Bekanntgabe von öffentlichen Spenden des 2. Abschnitts 2017  
Vorlage: 2016/2807
- TOP 16 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 17 Anfragen

## Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 20. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 12.07.2017 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Erster konsolidierter Jahresabschluss des Landkreises 2016 mit Beteiligungsbericht
-------	--

2016/2815

1/14/Konsolidierter JA

An der Beratung nahmen teil:

Ana Stellmach, SG-Leitung 14, Finanzen, Beteiligungen

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1; Soziales und Bildung

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein.

Der Landkreis habe im Jahr 2005 als erster Landkreis in Bayern auf die Doppik umgestellt. Er gehöre nun auch zu den ersten Landkreisen, die einen Gesamtabschluss vorlegen. Damit sei nach elf Jahren die Einführung der Doppik abgeschlossen. Der Konzern Landkreis sei nun geboren, mit einem Bilanzvolumen von 357 Mio. €. Die wichtigste Tochter, die Kreisklinik, sei konsolidiert. Mit im Konsolidierungskreis aufgenommen sei auch das Sondervermögen der Kreisklinik und die Energieagentur gGmbH. Der Hauptzweck der Konsolidierung sei, die Kommune Landkreis ganzheitlich darzustellen. Die vielen Auslagerungen, vor allem der Schulden, habe die Innenministerkonferenz im Jahr 2003 bewogen, hier tätig zu werden.

Mit der heutigen Vorlage lege der Landkreis den Gesamtabschluss ein Jahr früher vor, als rechtlich gefordert.

Die Anstrengungen der Verwaltung seien so unsichtbar wie gewaltig gewesen. Der Abschluss sei prüfbar. Der Beteiligungsbericht, den die Kreisräte bisher im Februar bekommen haben, sei nun im Gesamtabschluss enthalten, eine separate Erstellung falle künftig weg.

Der Landrat verweist auf die anwesenden Kolleginnen Ana Stellmach, Simone Riedl und den Kollegen Patrick Schmid, die den Gesamtabschluss vorbereitet haben.

Der Landrat übergibt das Wort an Frau Stellmach, die den konsolidierten Jahresabschluss 2016 anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) vorstellt.

KR Reinhard Oellerer erkundigt sich, warum der Zweckverband der staatlichen Realschule Vaterstetten wegen Unerheblichkeit nicht aufgenommen wurde und um welche sonstigen Verbindlichkeiten es sich bei der Höhe von 34 Mio. € handle. Frau Stellmach erklärt, dass der Zweckverband eigentlich hätte konsolidiert werden müssen, aber in Anbetracht dessen,

dass der Zweckverband in ein paar Jahren aufgelöst werden solle, wurde dieser nicht aufgenommen. Des Weiteren seien die Jahresabschlüsse des Zweckverbandes noch nicht am Laufenden. Frau Keller fügt ergänzend hinzu, der Zweckverband werde aufgenommen, sollte er nicht aufgelöst werden.

Auf die Nachfrage von KR Dr. Ernst Böhm werde Frau Stellmach per Mail<sup>1</sup> (sh. Protokollnotiz) antworten.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Gesamtabschluss 2016 wird zur Kenntnis genommen und zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.**



**einstimmig angenommen**

TOP 4	Informationen über die Haushaltsentwicklung 2017
-------	--

2016/2804

1/14/HH 2017 / Zwischenbericht

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Soziales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll). Sie macht darauf aufmerksam, dass in der Grafik von Folie 2 das Jahr 2017 fehle.

Es werde ein verbessertes Ergebnis von rund 2 Mio. € gegenüber der Planung prognostiziert. Damit werde auch für 2017 ein Ergebnisüberschuss von mehr als 10 Mio. € möglich, der unmittelbar für Investitionen der Folgejahre eingesetzt werde, um in dieser Höhe Kreditaufnahmen zu vermeiden.

---

<sup>1</sup> Protokollnotiz:

Wir haben in unserem Anlagevermögen verschiedene Investitionszuschüsse aktiviert. Die meisten sind Zuschüsse die wir an die Klinik gGmbH geleistet haben.

Wir haben aber auch andere Zuschüsse gebucht, hier ein paar Beispiele:

Zuschuss für Sportpark in Markt Schwaben.

Investitionszuschuss Verkehrsübungsplatz Grafing

Investitionszuschuss GWG (Wohnungsgenossenschaft Ebersberg eG)

Investitionszuschuss FOS/BOS Erding

Investitionszuschuss ambulante Pflegedienste 2006

In Punkt 7.2.1.5 der Bewertungsrichtlinie KommHV-Doppik ist folgendes geregelt:

An Dritte geleistete Zuwendungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die bei der Gemeinde immaterielle Vermögensgegenstände begründen, sind zu aktivieren. Der Ansatz in der Eröffnungsbilanz erfolgt entsprechend dem Verhältnis der bisher verstrichenen zu ihrer gesamten Bindungsfrist.

Ist eine solche nicht festgelegt, kann von einer Bindungsfrist von zehn Jahren ausgegangen werden, allerdings sind die VV Nr. 8.2.4 zu Art. 44 BayHO bzw. 8.2.4 VVK zu beachten. Hiernach sind bei Grundstücken (einschließlich Gebäuden) und grundstücksgleichen Rechten pauschal 25 Jahre zu berücksichtigen, soweit nicht im Zuwendungsbescheid eine andere Bindungsfrist festgelegt ist.

In der Regel wird eine andere Bindungsfrist im Zuwendungsbescheid festgelegt. Lediglich bei den Investitionszuschüssen für die GWG greift der Landkreis auf diese Regelung zurück und nimmt Abschreibungen über die Nutzungsdauer von 25 Jahren vor.

Nach der Präsentation bedankt sich KR Thomas Huber für den Überblick und Frau Keller beantwortet seine Fragen:

- Die Planunterschreitung des Jugendamtes in Höhe von 150.000 € werde im Jugendhilfeausschuss am Donnerstag beraten. Das Jugendamt habe sehr gute Instrumente entwickelt, um bestmöglich und nachvollziehbar Planen und Wirtschaften zu können.
- Die Planunterschreitung der Personalkosten von 800.000 € habe mit der hohen Fluktuation im sozialen Bereich und mit Fachkräftemangel (teilweise zu wenig oder nicht geeignete Bewerber) zu tun.
- Bundesteilhabegesetz: Der Landkreis werde im Jahr 2018 400.000 € an Erträgen aus Bundesmitteln für die Kosten der Unterkunft generieren. Bei den Gemeinden seien es mehr als 2,5 Mio. €, die über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in deren Haushalte 2018 gelangen. Es könne auf den Landkreis eine Bezirksumlagensteigerung von bis zu 1,75 Punkten zukommen, trotz Umlagekraftsteigerung von 6,1 %. KR Thomas Huber regt an, die Zahlen den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, damit entsprechende Rückstellungen gemacht werden könnten.
- Die Periodenverschiebung der Abrechnung im Jobcenter sei ein Problem, das durch die verspätete Abrechnung der anerkannten Asylbewerber durch die Regierung von Unterfranken entstehe. Es werde rückwirkend (bis ins Jahr 2015) abgerechnet.

Der Landrat bittet das Gremium, den Bericht über die Haushaltsentwicklung 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 5	Schulentwicklung; Masterplan Schulen - Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe und weiteres Vorgehen
-------	---

2017/2968/1

11/MP

Vorberatung

SFB- und LSV-Ausschuss am 04.10.2017

An der Beratung nahmen teil:

Hubert Schulze, Mitarbeiter SG 11, Bildung und IT

Der Landrat führt in den Sachverhalt ein. Verschiedene Initiativen für eine Berufsschule, für eine FOS/BOS und ein 5. Gymnasium im Landkreis sowie notwendige Maßnahmen an bestehenden Schulstandorten haben ihn veranlasst, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu gründen, um diese wichtigen Themen mit Teilnehmern aus jeder Fraktion und Mitarbeitern der Verwaltung zu prüfen. In den Monaten Januar bis September dieses Jahres traf sich die Arbeitsgruppe Masterplan Schulen elf Mal u.a. in verschiedenen Schulen.

Die Arbeitsgruppe habe einen interfraktionell erarbeiteten Beschluss erarbeitet, der in den Fachausschüssen einstimmig beschlossen worden sei und dem Kreis- und Strategieausschuss jetzt zur Beratung vorliege.

Es handle sich um ein Gesamtpaket mit Bruttokosten von 160 Mio. €, ohne staatliche Zuschüsse und die Beteiligung des Landkreises München. Der Nettobetrag, der auf den Landkreis zukommen werde, betrage ca. 100 Mio. €.

Der Landrat bedankt sich bei der Verwaltung und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für deren konstruktive Mitwirkung und erklärt, er sei stolz auf das Ergebnis. Im Ergebnis handle es sich um das größte Bildungsprojekt, das im Landkreis Ebersberg je beschlossen wurde.

Herr Schulze erläutert den Masterplan anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll).

KR Dr. Ernst Böhm sehe es im Rahmen der E-Mobilität als wichtig an, dass das Berufsschulzentrum auch die Fachrichtung Elektriker/E-Kfz-Mechatroniker anbiete. Zumal sich die Gemeinde Vaterstetten um einen Autoproduzenten bemühe. Herr Schulze erklärt, dass Elektriker und z.B. auch der Gastronomiebereich vom Kultusministerium nicht anerkannt würden. Das Berufsschulzentrum Ebersberg-München-Land solle Entlastung für die Stadt und die Region München schaffen und keine andere Schule gefährden. Im Fachbereich Kfz-Mechatronik sei Elektrik mit dabei. Der große Bedarf im Fachbereich Sanitär z.B. werde von der Berufsschule Wasserburg abgedeckt.

Der Landrat erklärt, dass ‚Elektriker‘ in den weiteren Planungsprozess noch einmal als Vorschlag mitaufgenommen würden.

KR Walter Brilmayer erkundigt sich, ob die geplante Erweiterung am Gymnasium Kirchseeon mit dem PPP-Modell finanziert werde. Frau Keller erklärt, dass hier keine andere Form der Realisierung wohl aber der Finanzierung möglich sei.

Der Landrat teilt mit, dass für die beiden Sonderpädagogischen Förderzentren eine Stütz- und Förderklasse eingerichtet werden solle, um damit die beiden Schulen für die Zukunft fit zu machen. Er werde bezüglich des Erweiterungswunsches nochmals ein Gespräch mit der Regierung führen. Für ihn und für alle Mitglieder der Arbeitsgruppe käme es nicht in Frage, dass die beiden SFZ ohne Berücksichtigung blieben. Sie sollen entsprechend dem Vorschlag im Masterplan Schulen ausgebaut werden.

KR Thomas Huber unterstütze die Planungen für eine Stütz- und Förderklasse in den sonderpädagogischen Förderzentren. Er bedankt sich bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des Maßnahmenpaketes, da die Bildung im Landkreis gestärkt werden müsse. Er sehe aber auch die Notwendigkeit, sich konstruktiv über die Finanzierung von 100 Mio. € Gedanken zu machen. Die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Schloss Zinneberg, die ebenfalls wertvolle pädagogische Arbeit leiste, dürfe in diesem Maßnahmenpaket nicht vergessen werden. KR Thomas Huber erkundigt sich nach dem Anteil, welcher der Wiedereinführung des G9 geschuldet sei.

Der Landrat antwortet, dass die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Schloss Zinneberg nicht vergessen werden soll, ebenso St. Zeno in Kirchseeon. Die expliziten Fördermittel zur G9-Ertüchtigung seien nach Aussage der Verwaltung noch nicht berücksichtigt.

KR Walter Brilmayer sehe hier einen lobenswerten, ambitionierten Plan. Da die wirtschaftliche Entwicklung nicht immer so sein werde, schlage er vor, diesen Plan einer jährlichen Revision mit folgenden Punkten zu unterziehen:

- Zeitliche Umsetzung
- Haushaltsmittel
- Kosten
- Zuschüsse

Herr Schulze merkt an, dass die Kollegen vom Liegenschaftsamt einen Preisindex von 6 % eingerechnet hätten.

Der Landrat nimmt den Vorschlag auf und erklärt, dass die Arbeitsgruppe sich bei Bedarf treffen und diese Punkte überprüfen werde.

Frau Keller erläutert, dass es sich hier nur um eine Matrix handle. Die Zahlen gingen zuerst auf die Warteliste und nicht in den Haushalt.

KR Alexander Müller appelliert für einen Standort FOS/BOS im Landkreis, um die Bildungsregion komplett zu machen. Für die Schüler im südlichen Landkreis seien die Wege bis zu den FOS/BOS in Rosenheim und Wasserburg zu weit.

Der Landrat erläutert die Bemühungen um die Probeeinschreibung Anfang des Jahres. Diese wurde gut vorbereitet und trotzdem waren die Anmeldungen zu gering. Die nächste Probeeinschreibung solle nicht vor 2019 stattfinden. Eine Außenstelle FOS/BOS gehe aus formalen Gründen laut Ministerium nur, wenn der Landkreis eine staatliche Berufsschule habe.

KR Albert Hingerl merkt an, um eine FOS/BOS bauen zu können, bräuchte es erst ein Grundstück.

KR Reinhard Oellerer erklärt, Erding habe zwischenzeitlich seine Raumknappheit behoben. Der Landrat bestätigt dies, weil die FOS nun wieder Räume in der benachbarten Berufsschule nutzen könne, da die Berufsintegrationsklassen wieder zurückgegangen seien.

KR Thomas Huber appelliert auf eine frühzeitige Information und Bewerbung der Probeeinschreibung. Bezüglich der Grundstücke gebe es einen Grundsatzbeschluss, dass Gemeinden ein Grundstück zur Verfügung stellen müssten, wenn in ihrem Bereich eine Schule entstehe. Ihm stelle sich die Frage, ob über diesen Beschluss diskutiert werden müsse.

Der Landrat erklärt, diese Diskussion auf die Zukunfts-Agenda zu setzen.

KR Christian Eckert appelliert an die Eltern der künftigen Schüler, die durch ihr Kaufverhalten von regionalen Produkten - vom Bleistift bis zum PKW - die Steuerkraft der Kommunen und des Landkreises stärken könnten.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

#### **1. Parameter für die Bedarfsermittlung:**

- 1.1 Die der Bedarfsermittlung zugrunde gelegte Klassenstärke orientiert sich am aktuellen Landesdurchschnitt.**
- 1.2 Eine Überbelegung von 10 % wird im Bestand grundsätzlich toleriert.**
- 1.3 Der Umgang mit den Flächen für moderne Unterrichtsgestaltung wird individuell auf Antrag einer Schule geprüft.**
- 1.4 Die Gymnasien des Landkreises sollen im Hinblick auf das neue Bayerische Gymnasium unter Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips auf G 9 ausgebaut werden.**

#### **2. Gymnasium Grafing**

- 2.1 Am Gymnasium soll im Zusammenhang mit der Generalsanierung des Altbaus die kleine Aula realisiert werden (bereits beschlossen).**

- 2.2 Die Errichtung einer weiteren Halleneinheit soll mittelfristig erfolgen (steht bereits auf der Warteliste).**

### **3. Humboldt-Gymnasium Vaterstetten**

- 3.1 Mit Beschluss des Kreistages vom 24.07.2017 wird das Gymnasium Vaterstetten auf 1.500 Schüler ausgebaut (bereits beschlossen).**
- 3.2 Auf die Warteliste soll die mittelfristige Errichtung einer weiteren Halleneinheit gesetzt werden.**

### **4. Dr.-Wintrich-Realschule Ebersberg**

- 4.1 Der Bauteil Verwaltung soll 2019 teilerneuert werden.**
- 4.2 Die Maßnahme soll 2018 von der Warteliste genommen werden.**

### **5. Berufsschulzentrum Ebersberg – München Land**

- 5.1 Der Landkreis Ebersberg errichtet eine Berufsschule, eine Berufsfachschule und eine Fachakademie.**
- 5.2 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**
- 5.3 Voraussetzung für die Errichtung ist, dass die Gemeinde Zorneding oder eine andere Gemeinde ein geeignetes Grundstück zur Verfügung stellt.**
- 5.4 Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landkreis München über eine Vorauszahlung künftiger Gastschulbeiträge zu verhandeln.**

### **6. Gymnasium Poing**

- 6.1 Der Landkreis errichtet ein fünftes Gymnasium.**
- 6.2 Das Gymnasium soll in Poing zunächst für 1.000 Schüler errichtet werden.**
- 6.3 Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Poing ein geeignetes Grundstück zur Verfügung stellt.**
- 6.4 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**
- 6.5 Der Kreistag stellt einen Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung eines Gymnasiums in Poing.**

### **7. Gymnasium Kirchseeon**

- 7.1 Das Gymnasium wird auf 1.200 Schüler (G 9) erweitert, die Verwaltungsräume werden dem gestiegenen Bedarf angepasst.**
- 7.2 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**



## **8. Johann-Comenius-Schule SFZ Grafing**

- 8.1 Am SFZ Grafing soll eine Stütz- und Förderklasse angesiedelt werden.**
- 8.2 Die Erweiterung der Schule soll weiter geprüft und die Zuschussfähigkeit mit der Regierung von Oberbayern geklärt werden.**
- 8.3 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**
- 8.4 Im Falle einer Erweiterung wird die Variante 1 (Aufstockung SVE – Schulvorbereitende Einrichtung) bevorzugt.**

## **9. Seerosenschule SFZ Poing**

- 9.1 Die Erweiterung des SFZ Poing soll weiter geprüft und die Zuschussfähigkeit mit der Regierung von Oberbayern geklärt werden.**
- 9.2 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**
- 9.3 Im Falle einer Erweiterung wird die Variante 1 (Aufstockung Südflügel) bevorzugt.**

## **10. Realschule Vaterstetten**

- 10.1 Der Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten soll aufgelöst werden, sobald die geplante Realschule Haar in Betrieb geht.**
- 10.2 Die Verwaltung wird beauftragt, die Trennungskosten mit allen beteiligten Partnern zu verhandeln.**
- 10.3 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**

## **11. Franz-Marc-Gymnasium Markt Schwaben**

- 11.1 Am Gymnasium wird der Bauteil D mittelfristig generalsaniert.**
- 11.2 Die Maßnahme wird auf die Warteliste gesetzt.**
- 11.3 Die weitere Halleneinheit wird von der Warteliste gestrichen, da sie nicht mehr bedarfsnotwendig ist.**

## **12. Berufliche Oberschule im Landkreisnorden**

- 12.1 Eine weitere Probeeinschreibung für eine FOS / BOS soll nicht vor dem Jahr 2019 erfolgen.**
- 12.2 Die Zweckvereinbarung über die FOS/BOS Erding mit dem Landkreis Erding soll neu verhandelt werden mit dem Ziel, die Einflussnahme des Landkreises Ebersberg zu stärken.**

## **13. An der Dominik-Brunner-Realschule Poing besteht derzeit und absehbar kein größerer Handlungsbedarf.**

## **14. An der Lena-Christ-Realschule Markt Schwaben besteht derzeit und absehbar kein größerer Handlungsbedarf.**

**15. Die organisatorische Infrastruktur muss den geplanten Maßnahmen angepasst werden.**

**16. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen orientiert sich an den beiliegenden Tabellen, die Bestandteil des Beschlusses sind (Anlagen 4 zum Protokoll „Zusammenfassende Darstellung“ und Anlage 5 zum Protokoll „10-Jahresdarstellung“).**



**einstimmig angenommen**

**TOP 6      Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2018**

2016/2805

1/14/Warteliste 2018

An der Beratung nahmen teil:                      Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Soziales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt und Beschlussvorschlag <sup>2</sup> (sh. Protokollnotiz) anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll). Das Gremium ist sich einig, das Vergleichszeichen „>“ durch die Abkürzung „ca.“ zu ersetzen.

KR Walter Brilmayer regt an, den Betrag des 5. Gymnasiums von 59, 5 Mio Euro auf „ca. 60 Mio.“ aufzurunden.

KRin Waltraud Gruber schlägt vor, die Berufliche Oberschule nicht gleich von Anfang an auf den Landkreisnorden zu beschränken.

Der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**1. Folgende Maßnahmen sollen von der Warteliste genommen und in den Haushalt 2018 bis 2021 eingeplant werden:**

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Gymnasium Grafing: Umbau kleine Pausenhalle zusammen mit der Teilgeneralsanierung des Bauteils 1	956-0018	340.000
Gymnasium Vaterstetten: Erweiterung auf 1.500 Schüler und Ersatz der Containerklassenzimmer	957-0013	10.969.612
Gymnasium Vaterstetten: Ausstattung Möbel und EDV- Hardware	850-B004	740.500
EBE 20: Sanierung von Steinhöring bis EBE 6	910-20-012	1.000.000

<sup>2</sup> Protokollnotiz: Im Beschlussvorschlag, der während der Sitzung an die Wand projiziert wurde, sowie in der versandten Sitzungsvorlage waren zwei Investitionen aus dem Bereich Brand- und Katastrophenschutz enthalten, die nicht Teil der Diskussion und des Vortrages in der Sitzung waren. Diese sollten derzeit nicht auf die Warteliste gesetzt werden. Die beiden Investitionsnummern wurden daher entfernt.

**2. Folgende Maßnahme wird von der Warteliste gestrichen:**

zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Markt Schwaben	958-0008	2.030.000
--	----------	-----------

**3. Folgende Warteliste 2018 wird beschlossen:**

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Kreisklinik Ebersberg gGmbH – diverse Maßnahmen	041-ZUB-SH	5.000.000 €
Dr.-Wintrich-RS Ebersberg: Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes in der Variante Teilneubau	953-xxx	ca. 4.400.000 €
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Grafing	956-0008	ca. 2.500.000 €
Humboldt-Gymnasium Vaterstetten: Errichtung einer zusätzlichen Halleneinheit	957-xxx	ca. 2.500.000 €
Gymnasium Poing: Errichtung eines Gymnasiums in Poing	xxx-xxx	ca. 60.000.000 € (Bruttokosten)
Gymnasium Kirchseeon: Erweiterung Gymnasium Kirchseeon	959-xxx	ca. 7.000.000 € (Bruttokosten)
Gymnasium Markt Schwaben: Generalsanierung Bauteil D	958-xxx	ca. 3.000.000 €
Johann-Comenius-Schule SFZ Grafing: Erweiterung für Stütz- und Förderklassen	965-xxx	ca. 2.100.000 €
Seerosenschule SFZ Poing: Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums	xxx-xxx	ca. 1.600.000 €
Berufsschule im Landkreis Ebersberg: Errichtung eines Berufsschulzentrums Ebersberg-München Land mit Berufsschule, Berufsfachschule und Fachakademie	xxx-xxx	ca. 50.000.000 € (Bruttokosten)
Berufliche Oberschule	xxx-xxx	Noch offen
Realschule Vaterstetten: Auflösung, Trennungskosten für die Auflösung des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten	xxx-xxxx	ca. 5.000.000 €



**einstimmig angenommen**

TOP 7	Finanzleitlinie "Kommunales Schuldenmanagement"; 2. Halbjahresbericht 2017
-------	--

2016/2806  
1/14/Finanzleitlinie  
Vorberatung  
Kreis- und Strategieausschuss am 24.04.2017, TOP 7  
An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Soziales und Bildung

Frau Keller stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll) vor.

Mit Nettozinsen von 0,8 % sei das Portfolio des Landkreises sehr niedrig, was dem Einsatz der Zinssicherungsinstrumente und dadurch der Unabhängigkeit von einer Zinsmeinung zu verdanken sei. Kreditermächtigungen gebe es im Haushalt 2017 nicht.

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, bittet der Landrat das Gremium, den 2. Halbjahresbericht 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 8	Finanzleitlinie; Langfristige Finanzplanung - Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 24.09.2017
-------	--

2017/2990  
1/HH/Finanzleitlinie  
An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Soziales und Bildung

Frau Keller stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 8 zum Protokoll) vor.

KR Reinhard Oellerer erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Beantragt werde eine Analyse, wie es hinsichtlich der jährlich zu erwirtschaftenden Ergebnisüberschüsse gelingen könne, die selbst gesteckten Ziele der Finanzleitlinie und den Abbau der Verschuldung auf 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen einzuhalten.

KR Alexander Müller erklärt, dass der Antrag zu den Planungen „Masterplan Schulen“ gut passe. Es müsse überlegt werden, wie künftig mit Ergebnisüberschüssen zu verfahren sei. Es sollten gezielt Rücklagen gebildet werden.

Frau Keller erklärt, dass das bereits gemacht werde. Im Jahr 2018 werde die komplette Liquidität eingesetzt. Angesichts der derzeitigen Situation, für Liquidität sog. „Verwahrgelder“ bezahlen zu müssen, sei es besser, wenn diese abfließe.

Der Landrat erinnerte an die Rückstellung in Höhe von zweimal 600.000 € für die Turnhalleinheit in Vaterstetten.

KR Thomas Huber erklärt, er stimme dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu. Es müsse allerdings noch eine eigene Diskussion geführt werden.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.09.2017 wird in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 13.11.2017 behandelt. Bis dahin werden die beantragten Daten aufbereitet sein und im Rahmen der ersten Lesung des Haushalts 2018 beraten.**



**einstimmig angenommen**

TOP 9	Kreisklinik Ebersberg gGmbH; Personalwohngebäude und Zeitschiene
-------	--

2017/2839

1/KK/PWB

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 24.02.2014, TOP  
Kreis- und Strategieausschuss am 01.12.2014, TOP 6 Ö  
Kreis- und Strategieausschuss am 15.02.2016, TOP 13 N

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Soziales und Bildung

Frau Keller stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 9 zum Protokoll) vor.

Die 30 %ige Förderung des Personalwohnbaus sei durch die schriftliche Zustimmung der Regierung von Oberbayern gesichert. Das KommWFP sei bis zum 30.12.2019 befristet. Bis dahin müsse die Förderung beantragt werden. Die BayernLabo fördere derzeit im Rahmen des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms zur Förderung von Wohnraum Darlehen mit 100 % Auszahlungskurs zu 0,5 % Zins.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag vor und erklärt, dass heute nicht über den Punkt 4 entschieden werden müsse. („Bei Zustimmung der Umsetzung des Bauvorhabens durch die WBE gKU stimmt der Landkreis zu, das Förderdarlehen des Freistaats Bayern (0,5 % bei 20jähriger Laufzeit) in Anspruch zu nehmen und an die WBE gKU weiterzuleiten. Zins und Tilgung des Darlehens werden von der WBE gKU geleistet, so dass dem Landkreis aus dem Schuldendienst keinerlei Belastungen entstehen.“)

KR und Bürgermeister Walter Brilmayer sehe eine Verwirklichung des von der Klinik formulierten Raumbedarfs von 180 Wohnungen auf diesem Grundstück, als nicht realisierbar an; 100 Wohnungen könne er sich vorstellen.

Am 02.02.2018 sollten die Planer ihre Vorschläge im Rathaus abgegeben haben. Ende Februar 2018 finde die Sitzung des Wertungsgremiums statt. Dann gehe erst das Bebauungsplanverfahren los, das evtl. ein Jahr dauern könnte. Die Parkplätze stellen ein Problem dar, da eine Tiefgarage aus Kostengründen nicht errichtet werden könne. Eine Möglichkeit wäre, im Erdgeschoss Parkplätze zu errichten und die Wohnungen oben drüber zu bauen. Er habe der Klinik und dem Landratsamt angeboten, bei der Beratung dabei zu sein.

KR Alexander Müller appelliert, dies erst im Aufsichtsrat der WBE gKU zu beraten. Das Unternehmen gebe es erst seit einem ½ Jahr und habe sein erstes Bauprojekt erst auf den Weg gebracht. Beim Personalwohnbau handle es sich um ein finanzielles Volumen von ca. 50 Mio. €. Er habe Sorge, dass die Gemeinden in eine Mithaftung reingezogen würden. Er könne den Reiz der Finanzierung nachvollziehen, aber hier müsste evtl. ein eigenes Konstrukt gebildet werden. Er sehe daher die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages als Prüfauftrag und Punkt 4 solle gestrichen werden.

Der Landrat stimme dem zu, erst in der WBE gKU in Ruhe darüber zu beraten und mit dem Ergebnis auf den Landkreis zuzugehen. Zu den Parkplätzen müsse die Klinik einen Stellplatznachweis führen. Ebenso müssen die konkreten Bedürfnisse an Stellplätze geprüft werden.

Auf die Nachfrage von KR Albert Hingerl erklärt Frau Keller, dass das Grundstück dem Landkreis gehöre.

KR Dr. Ernst Böhm verweist auf das B-Planverfahren. Für 180 Wohnungen bräuchte es 7.500 m<sup>2</sup> Wohnfläche. Die Größe schrecke ihn nicht, wenn in Schritten gebaut werde.

KR Reinhard Oellerer sehe den dringenden Bedarf an Wohnraum für das Klinikpersonal und schlage daher mehrere Sondersitzungen der WBE gKU vor, um dieses Projekt nicht zu verlieren.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag mit den Punkten 1 – 3 zur Abstimmung.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Der Landkreis hat großes Interesse, den von der Kreisklinik Ebersberg gGmbH geforderten und benötigten Wohnbedarf zu realisieren. Mit der Stadt Ebersberg soll darüber verhandelt werden, wie dieser Bedarf am Standort umgesetzt werden kann.**
- 2. Mit der Wohnbaugesellschaft WBE gKU werden Verhandlungen zur Übernahme der Realisierung des Baus der Personalwohnbauten geführt.**
- 3. Die Umsetzung ist so rechtzeitig einzuleiten, dass die Förderung nach dem staatlichen Wohnbauförderprogramm (KommWFP) realisiert werden kann. Der Landkreis wird hierzu die Grundstücke FI-Nr. 807/2, 807/3, 807/5 und 807/6 der Gemarkung Ebersberg als Eigenanteil einbringen. Die Grundstücke verbleiben im Eigentum des Landkreises.**



**einstimmig angenommen**

TOP 10	Energiewende2030; Energieagentur Ebersberg-München gGmbH; Satzungsänderung
--------	--

2017/2991

Vorberatung

Kreistag am 24.07.2017, TOP 15ö

An der Beratung nahmen teil:

Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer informiert das Gremium über den Kreistagsbeschluss des Landkreises München, der Energieagentur Ebersberg beizutreten. Die Satzung der Energieagentur Ebersberg München gGmbH wurde mit einer Abweichung beschlossen. Der § 2 der Satzung solle um das Wort „insbesondere“ ergänzt werden. Somit könnten auch andere Landkreise in die Beratung zur Umsetzung alternativer Energieprojekte miteinbezogen werden.

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

## **Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Der Landrat wird beauftragt und ermächtigt, als Vertreter des Landkreises Ebersberg in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Ebersberg München gGmbH die Änderung ihrer Satzung mit folgender Formulierung des § 2 Abs. 1 vorzuschlagen:**

**„Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des effizienten und klimafreundlichen Energieeinsatzes und die Beratung zur Umsetzung alternativer Energieprojekte insbesondere in den Landkreisen Ebersberg und München.“**



**einstimmig angenommen**

TOP 11	Änderung der Gemeinde- und Kreisgrenzen nach § 58 Abs. 2 FlurbG Verfahren Albaching – Dorferneuerung und Flurneuordnung Gemeinde Albaching, Landkreis Rosenheim
--------	---

2017/2976

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer stellt den Sachverhalt kurz vor.

Das Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern führt im Rahmen der Flurbereinigung eine Änderung der Gemeindegrenze zwischen Steinhöring-Albaching durch. Dabei sollen die Gemeindegrenzen der neuen Feldeinteilung angepasst und auf örtlich erkennbare Grenzen verlegt werden.

Das betroffene Gebiet ist unbebaut und unbewohnt. In der Auflistung (Anlage 10 zum Protokoll) sowie der Grenzänderungskarte (Anlage 11 zum Protokoll) seien die Änderungen der Grundstücke entsprechend aufgeführt und kartographisch dargestellt. Das Einverständnis der Gemeinden Steinhöring und Albaching zur beabsichtigten Grenzänderung liege dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern vor.

Mit der Änderung der Grenzen der Gemeindegebiete Steinhöring-Albaching sei gleichzeitig auch eine Änderung der Grenzen der Landkreise Ebersberg und Rosenheim verbunden.

Gemäß dem Flächenverzeichnis zur Gemeindegrenzänderung ergebe sich für das Gebiet des Landkreises Ebersberg eine Flächenminderung von 0,1386 ha.

Aus Sicht der Verwaltung bestehen gegen diese Grenzänderung keine Bedenken.

Mit Einverständnis des Landkreises Ebersberg zur Gebietsänderung gehe die Ausübung der hoheitlichen Befugnisse auf den Landkreis Rosenheim über.

**Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Im Rahmen der Flurbereinigung wurde vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, entsprechend dem Auszug der Gemeindegrenzänderungskarte, eine Änderung der Landkreisgrenze vorgeschlagen. Durch den neuen Grenzverlauf ergibt sich für den Bestand des Landkreises Ebersberg eine Flächenminderung von 0,1386 ha. Der vorgeschlagenen Grenzänderung wird zugestimmt. Es besteht Einverständnis, dass im Umgliederungsgebiet das Ortsrecht des Landkreises Ebersberg außer Kraft tritt.**



**einstimmig angenommen**

TOP 12	Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen; Antrag der SPD- und Bündnis 90 / Die Grünen-Kreistagsfraktion
--------	--

2017/2931/2

Abt. 2

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 14.04.2017 und 12.07.2017

Der Landrat informiert über einen Kompromissvorschlag von Kreisrat Martin Lechner zur Resolution, der in die Kreistagsfraktionen von SPD und Grünen zur Beratung gegeben werde. Die Änderungsvorschläge sollen zwischen den Fraktionen ausgetauscht und dann im kommenden Kreistag darüber beraten und abgestimmt werden.

Mit dieser Vorgehensweise besteht Einverständnis im Gremium.

TOP 13	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 14	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

keine



**TOP 15 Bekantgabe von öffentlichen Spenden des 2. Abschnitts 2017**

2016/2807

1/14/Spenden

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Soziales und Bildung

Frau Keller gibt die öffentlichen Spenden bekannt.

Öffentlich II. Abschnitt 2017

Spenden Schulen

*Mit Bescheinigung*

Name/Firma	Geldeingang	Betrag/in €	Förderungszweck	Schule	KST
DIE SOFTWARE Peter Fitzon GmbH, Klosterbauhof 3, 85560 Ebersberg	25.01.2017 <i>(Nachmeldung)</i>	500,00	Deutsches Turmfest Berlin	Gymnasium Grafing	840
Fit 4 Life & Friends GmbH, Langwied 11, 85560 Ebersberg	26.01.2017 <i>(Nachmeldung)</i>	100,00	Deutsches Turmfest Berlin	Gymnasium Grafing	840
Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg, Sendlinger-Tor-Platz 1, 80336 München	07.04.2017	300,00	P-Seminar Alpencross	Gymnasium Grafing	840
Raiffeisen-Volksbank Ebersberg, Marktplatz 1, 85567 Grafing	18.05.2017	5.000,00	Trainingskleidung für Movimento/Deutsches Turmfest Berlin	Gymnasium Grafing	840
Dr. Franzjosef Höfler, Mozartring 6, 85598 Baldham	22.06.2017	462,00	Stiftung Eliteförderung Frankreichaustausch	Gymnasium Vaterstetten	850
<b>Summe</b>		<b>6.362,00</b>			

Spenden

*Mit Bescheinigung unter 200€*

Name/Firma	Geldeingang	Betrag/in €	Förderungszweck	KST
Kath. Kinderhaus St. Josef, Dreitorspitzstraße 1, 85592 Vaterstetten	22.08.2017	30,00	Spielkisti	230/2411
<b>Summe</b>		<b>30,00</b>		

*Ohne Bescheinigung*

Name/Firma	Geldeingang	Betrag/in €	Förderungszweck	KST
SZ-Adventskalender	16.06.2017	20.000,00	Notlagenhilfe	SZ Bericht 220
<b>Summe</b>		<b>20.000,00</b>		

Stand Informa 07.09.2017

Summe 26.392,00

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt die öffentlichen Spenden zur Kenntnis. Beschlussfassung erfolgt zusammen mit den nichtöffentlichen Spenden im nichtöffentlichen Teil.

**TOP 16 Bekantgabe aus nichtöffentlicher Sitzung**

keine

**TOP 17 Anfragen**

keine

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:57 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.